

Zeitung Wand

Die Zeitung von unten!

Kölner

September 1984 19

Die Kölner WandZeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klüngel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt. Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Wer abonniert, zahlt 50,- oder 25,- auf Postscheck Köln 32 80 04-500 (Beate Bätje)
Stichwort: WandZeitung-Abo
Herausgeber
SSK e.V. Liebigstr.25, 5 Köln30
Druck: Betrieb
Merkenicher Str.99, 5 Köln60

Verantwortlich:
Ula Goebel
Liebigstr.25

NÜMBRECHTER UMWELTTAGE

Zirkus aus, Wald tot

sind die Umwelttage erst vorbei - geht's weiter mit der sauererei!



Es ist ja wirklich gut, endlich mal Beispiele dafür zu sehen, daß man heute längst Häuser naturfreundlich bauen, Energie ohne schlimme Schäden gewinnen kann, z.B. aus der Sonne, das Haushaltsabwasser auch ohne unbezahlbare Technik sauber kriegt.

Aber was haben Herren wie Fuchs, Rau, Baum, Antwerpes, Wichelhaus usw. denn eigentlich damit zu tun? Sie treten in Nümbrecht auf, als hätten sie die umweltfreundliche Technik persönlich erfunden, als wären sie von jeher aus tiefstem Herzen radikale Verfechter des Umweltschutzes. Man könnte sie fast für eine Aktionsgruppe von Greenpeace halten. Wer sie kennt und ihre dienstlichen Taten, dem muß schlecht werden bei dieser geistigen Umweltvergiftung, wie sie sie in Nümbrecht betreiben. Wir kennen sie nämlich ganz anders, die Umweltfreunde in höchsten Ämtern.

Zum Beispiel Fuchs:

Neben den angelegten Biotopen und gepflanzten Hecken und den zeitweise für Kröten gesperrten Straßen verwaltet der Oberkreisdirektor Fuchs vergiftete Bäche wie Agger, Steinagger, Othebach, Dörpe, Leppe, er verwaltet eine unübersehbare Anzahl teils hochgefährlicher Müllkippen, er hat nicht den geringsten Überblick darüber, welche Gifte von oberbergischen Firmen ins Wasser, in die Luft und in die Erde gebracht werden. Wenn er nicht gerade in Nümbrecht Reden hält, dann hat die Industrie für ihn absolute Vorfahrt:

- Im Aggerverband ist er Vorstand. Sein Stellvertreter ist der Geschäftsführer der Firma Baldus. Die verseucht und vergiftet seit langen Jahren die Agger mit völlig ungeklärten Wäscherei- und Färbereiabwässern. Anzeigen von Bürgern wimmeln Fuchs, Polizei und Wasserbehörden ab. Fuchs' Aggerverband verweigerte es, überhaupt Wasserproben zu analysieren. Die Firma habe eine Genehmigung von 1930!, so die Untergebenen des Umweltschützers. Abwasserproben zu analysieren sei daher Verfolgung Unschuldiger.

- Als wiederholt in der Steinagger unterhalb einer Holzschutzmittel verarbeitenden Firma tote Fische und Amseln schwammen, alarmierten ehrenamtliche Vogelschützer übers Grüne Telefon Fuchs' Umweltschützer. Die reagierten erst gar nicht, dann stellten sie nichts fest, außer, daß ein Hausbesitzer eine Sickergrube zu spät entleert habe. Da wurde mit einem Bußgeld durchgegriffen.

- Im Leppebach fanden Schüler Zyanid unterhalb einer Kläranlage von Fuchs' Aggerverband. Fuchs' Untergebene stritten ab, beschönigten und vertuschten derartig, daß sogar Engelskirchens Gemeinderat und Gemeindedirektor auf die Palme gingen.

- Der berühmten Gewässerversorgungsfirma Othetaler Spinnerei stehen Fuchs und seine amtlichen Helfer von jeher gegen alle Bürger fest zur Seite. Durch Abwasseranalysen der Bürger wurde der Unternehmer bestraft, der den Othebach 20 Jahre lang völlig vergiften durfte, mit Billigung von Aggerverband und Kreis. Umweltschützer Fuchs ging mit Strafanzeigen vor: Aber nicht wegen Beihilfe gegen die pflichtvergessenen Beamten, sondern gegen Sprecher der Bürgerinitiative wegen Beamtenbeleidigung

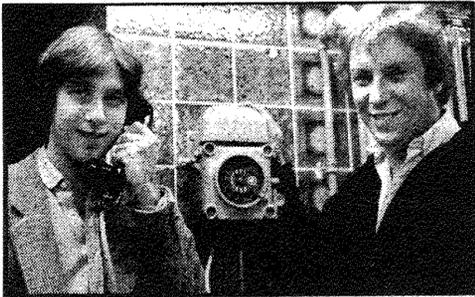
Seit mehr als einem Jahr ist durch den SSK bekannt, daß in der Othetaler Firma das gefährliche Mottengift EULAN verarbeitet wird und ins Abwasser gelangt. Obwohl der dringende Verdacht bestand, daß dieses Bayer-Produkt nicht biologisch klärbare ist, unternahm Fuchs nichts. Weder als Aggerverbandsboß noch als Chef der Wasserbehörde. Vom SSK bezahlte Analysen ergaben schließlich katastrophale Eulanvorkommen im Dörpeschlamm unterhalb der Kläranlage. Sogar der Staatsanwalt stellt inzwischen fest, daß es eine Eulan-Problematik gibt und hat von sich aus die Behörden gewarnt. Doch bis heute fließt Tag für Tag das Gift in die Kanalisation, landet im Wasser oder mit dem Klärschlamm auf den Feldern. Aber der heutige Naturfan Fuchs hat immerhin Anzeige erstattet! Allerdings wieder nicht gegen die Gifthersteller und Verbreiter, sondern gegen SSK-Mitglieder wegen Beamtenbeleidigung.

In Nümbrecht werden umweltschonende Anlagen ausgestellt zur Erzeugung von Strom und Wärme (Windmühlen und Kraft-Wärme-Pakete). Der Wirtschaftskonzern RWE tut in der Praxis alles, um die Nutzung dieser unliebsamen Konkurrenz zu unterbinden, indem er kleine Stromerzeuger kaltstellt. Dabei nutzen die Konzernherren auch die Verträge mit dem Oberbergischen Kreis aus. Doch Fuchs beabsichtigt nicht, diesen Vertrag zu kündigen. Im Gegenteil: Er sitzt für hohe Jahresgage im Verwaltungsbeirat des Stromkonzerns und trägt da dessen Umweltkatastrophenpolitik voll und ganz mit.

Während unser Wald an den Giftgasen der RWE-Kraftwerke stirbt, singt Fuchs hier ein Loblied auf die RWE, anstatt in den Aufsichtsgremien Protest zu schreiben. Ja, er verbietet dem Kreisförster noch im vergangenen Jahr, zu verbreiten, daß entgegen der RWE-Propaganda Rauchgasentschwefelung technisch möglich sei. Dabei hätte die oberbergische Firma Steinmüller diese Anlage damals schon liefern können. Jetzt baut das RWE Rauchgaswäscher ein, doch unzureichend. Fuchs verkauft es aber als „alles Menschenmögliche“. Der Weg zur echten Lösung ist in Nümbrecht zu sehen: Wärme-Kraft-Pakete, die die Großkraftwerke durch dezentrale Versorgung ablösen können. Das aber ginge an Macht und Profit des Stromkonzerns, folglich wird es von den RWE-Mächtigen und ihrem Beirat Fuchs nach Kräften verhindert.

Die Herren Antwerpes sowie die Landesregierung unter Herrn Rau sind über die meisten angeführten Umweltverseuchungen ebenfalls sehr genau informiert worden. Sie haben in der Regel ebenfalls nichts getan, die Schweinereien geduldet, beschönigt. Zuletzt beim Bayer-Produkt Eulan und der verseuchten Dörpe. Es ist schon zum Magen-Umdrehen, wenn nun alle diese Politiker hier mit großem grünen Maul auftreten, als Schirmherren des Umweltschutzes.

SSK-Oberberg, Waldbröl



Erfolgreiches Gastronomie-Gespann: Ronni (r.) u. David Sporn. Foto: Thoma

JETZT IST ES SO WEIT

Das erste Urteil gegen die ca. 30 Bewohner des Hauses Salierring 37 ist gefällt. Im Oktober sollen die ersten Bewohner zwangsgeräumt werden. Was mit den Menschen dann geschehen soll, interessiert den Eigentümer und Geschäftsmacher Sporn überhaupt nicht. Menschen, die über Jahre hinweg in Abschiebeeinrichtungen wie Psychiatric, Heim und Knast gesteckt wurden, haben hier ein selbstverantwortliches Leben kennengelernt und eine sinnvolle Lebensaufgabe gefunden, um gemeinsam gegen Unterdrückung, die sie am eigenen Leibe erfahren haben, anzukämpfen.

Schon seit 1973 kassierte Sporn über eine Viertel Million von der Stadt Köln für die Unterbringung von obdachlosen Jugendlichen im ehemaligen Hotel Astor, ohne dafür irgendwelche Leistungen erbracht zu haben. Seit über 7 Jahren zahlen die Bewohner 1.500 DM Miete - bis heute über 110.000 DM. Würden die in Eigenleistung erbrachten Renovierungs- und Instandsetzungsarbeiten hinzugerechnet, hätte „unser“ Gierhals Sporn bis heute aus dem Haus über 400.000 DM herausgeholt!

Aber das ist immer noch nicht genug!!!

Eigentlich würden die Gebrüder Sporn das Haus Salierring 37 gerne abreißen lassen, aber sie bekommen keine Abrißgenehmigung, weil sie erforderlichen 30 % mehr Wohnraum nicht errichten können.

Um doch noch ihre Raffgier zu stillen, haben sie uns das Haus zu einem Kaufpreis von inzwischen 470.000 DM angeboten. Selbst wenn man die Ortslage berücksichtigt, sind beim besten Willen nicht mehr als 400.000 DM drin.

Dabei haben die Gebrüder Sporn noch mehr zu bieten!

In ihrem Hotel Elite kassierten sie von der Stadt Köln Unsummen durch die Einweisung von Asylanten. Als sie damit keinen Reibach mehr machen konnten, verkauften sie das Hotel kurzerhand.

Außerdem ist das Gespann Sporn stolzer Besitzer der Diskothek Deja-vu an der Hahnepoos 8, der Kneipe Maxwell in der Pfeilstraße 25-27 und Mitinhaber des Restaurants Macaronni, Hahnenstraße 16. Bei dieser ganzen Geldscheffelei schaffen sie es noch nicht einmal, einer Auflage der Bauaufsicht, dringende Reparaturen an den Kaminen im Haus Salierring 37 durchführen zu lassen, nachzukommen. Rücksichtslos spekulieren sie darauf, daß die Bewohner schon vor dem Winter rausfliegen.

Jedem müßten die MACARONNIS im Halse stecken bleiben bei soviel unmenschlicher Geldgier, die wieder einmal 30 Menschen, die es gerade geschafft haben, ein neues Leben aufzubauen, auf die Straße treibt!! Die Sporns setzen alles daran, die Bewohner vor die Tür zu setzen, obwohl Freunde von uns bereit sind, die angebotene Kaufsumme von 400.000 DM zu zahlen. Auf das der Hals voll werde wollen sie aber 470.000 DM.

Jeder gesunde Menschenverstand muß feststellen, daß die Gäste jetzt, statt Ronnys Longdrink oder Pizza-MacARONNY zu bestellen, uns Bewohner unterstützen sollten

AUF DAS WIR DEN GELDWAHN DER BRÜDER SPORN TATKRÄFTIG UNTERSTÜTZEN KÖNNEN!!!

Konto Nr. Postscheckamt Köln 231510-508, Helft dem SSK e.V., Kennwort „Salierring 37“

SSK-Salierring, Tel. 213175



Mr. Kartoffeln - Roggen - Weizen

aus eigenem biologisch - dynamischen

Anbau



Kartoffeln
1KG 1,-DM

12,5 KG 10 DM

1 Ztr. 30 DM

Weizen Roggen
1KG 1,50 DM

SSK Mülheim
Düsseldorfer 74
Tel. 625052



Wir halten nicht mehr still

Über Jahrzehnte hinweg wurde der ehemalige Weltkriegsbunker in Nippes, Werkstattstraße 9, zu Mietwucherpreisen an hilfsbedürftige Obdachlose vermietet. Hilfslose Menschen wurden über städtische Dienststellen, kirchliche Verbände wie Caritas, Amt für Diakonie und Haftentlassungsstellen dazu genötigt, in den Bunker einzuziehen. Diese Menschen mußten unter den unwürdigsten Bedingungen, die nicht einmal Tierunterkünften gerecht werden, über Jahre hinweg dort leben. In fensterlosen, feuchten, mit Schimmel befallenen Zellen vegetierten sie dahin. Diese Behausung zu Wohnzwecken zu nutzen kann nur von Menschenverachtung gegenüber den Bunkerbewohnern zeugen. Dies allein wäre schon Grund genug für die verantwortlichen Behörden, wie Gewerbeaufsichtsamt, Wohnungsamt, Sozialamt und schließlich auch Gesundheitsamt gewesen, einzuschreiten und den Bunker zu schließen und den Bewohnern menschenwürdigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. In all den Jahren der behördlichen Überprüfung ist dies jedoch nicht geschehen.

Erst, als der SSK 1980 diese Zustände an die Öffentlichkeit brachte und Strafanzeige gegen die Verantwortlichen stellte, wurden Maßnahmen ergriffen, den Bunker zu schließen. Unverständlicherweise schleppte sich diese jedoch noch fast zwei Jahre dahin, an den verheerenden Zuständen im Bunker änderte sich in dieser Zeit überhaupt nichts. Durch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft stellte sich heraus, daß das Gesundheitsamt zumindest seit 1977 Kenntnis von den Mißständen hatte und daß Menschen durch die Unterbringung im Bunker an offener TBC erkrankt waren. Trotz Mitteilung von Ärzten des Vincenz-Krankenhauses u.a., die mehrfach auf die menschenunwürdigen Verhältnisse und dem gehäuftem Auftreten von TBC-Fällen hinwiesen, blieb das Gesundheitsamt untätig. Im Zeitraum von 1977 bis 1980 traten allein sieben TBC-Fälle auf, zwei davon mit tödlichem Ausgang. Einzig anfängliche Mitteilung des Gesundheitsamtes an die ermittelnde Staatsanwaltschaft war, erst im Oktober 1980 rein zufällig davon erfahren zu haben. Dies ist jedoch schlichtweg eine Lüge.

Die verheerenden Zustände, die seitens der Staatsanwaltschaft und durch Ärzte des Gesundheitsamtes zur Kenntnis genommen wurden, hätten die Maßnahme einer sofortigen Schließung nach sich ziehen müssen. In pflichtwidriger Weise haben es die verantwortlichen Ärzte seit 1977 unterlassen, nach § 31 und 32 des Bundesseuchengesetzes Untersuchungen vorzunehmen und entsprechende Maßnahmen der zwingenden Vorführung der in Betracht kommenden infizierten Personen einzuleiten. Das menschenverachtendste aber ist, daß seitens des Abteilungsleiters Dr. Klüter eine interne Verfügungsverfügung erlassen wurde, nach der den auftretenden Fällen im Bunker und anderen vergleichbaren Schlafstellen nicht im gesetzlichen Maße nachgegangen werden sollte. Aus dieser Verfügung kann man nur den Schluß ziehen, daß die verantwortlichen Ärzte eine Gesundheitsfürsorge für diese „Untermenschen“ für sinnlos und wertlos hielt und wohl immer noch halten!

DIE STAATSANWALTSCHAFT TUT IHR ÜBRIGES

Statt alle Verantwortlichen des Gesundheitsamtes zur Rechenschaft zu ziehen, zitiert sie lediglich zwei „kleine Lichter“ (die Ärztinnen Grabowski und Wallner) vor Gericht. Die Hauptverantwortlichen wie Dr. Wiegand, Dr. Klüter u.a. wurden bisher aus dem Strafverfahren herausgehalten und sie dürfen weiterhin schalten und walten, wie sie wollen. An den katastrophalen Zuständen der noch bestehenden Schlafstellen hat sich bis heute nichts geändert. Menschen müssen dort weiterhin unter den unwürdigsten Bedingungen leben.

Im Juli 1984 haben wir bei dem Sozialdezernenten Ruschmeier unabhängig von den staatsanwaltschaftlichen (Nicht-)ermittlungen Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die hauptverantwortlichen Ärzte des Gesundheitsamtes Dr. Wiegand, Dr. Klüter, Dr. Viersbach, Dr. Grabowski u.a. gestellt, die als Amtsträger ihre gesetzlichen Verpflichtungen nach dem Bundesseuchengesetz gegenüber den Bunkerbewohnern aufs Größte und in fahrlässiger Weise verletzt haben. Wir haben Ruschmeier aufgefordert, disziplinarische Maßnahmen gegen diese und andere Beteiligte einzuleiten, für die sofortige Entlassung Sorge zu tragen, Strafantrag zu stellen und alle Akten der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Herr Ruschmeier versucht jetzt auch, die verantwortlichen Ärzte ungeschoren davon kommen zu lassen: Dies mit dem fadenscheinigen Argument, daß er den „strafrechtlichen Ermittlungen nicht vorgreifen und nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen möchte“! Er weiß spätestens seit unserer Dienstaufsichtsbeschwerde von den Schweinereien, die unter dem Deckmäntelchen des Gesundheitsamtes im Bunker gelaufen sind und heute in anderen Obdachlosen-Schlafstellen noch laufen. Er weiß auch, daß die eigentlichen Täter noch auf ihren Pöstchen sitzen. Wenn er jetzt nicht eingreift, macht er sich der Mittäterschaft schuldig!

WIR FORDERN NOCHMAL

- sofortige Einleitung disziplinarischer Maßnahmen gegen alle Verantwortlichen und sofortige Entlassung,
- keine Einweisungen mehr in Schlafstellen, sondern in Wohnungen und Häuser, die die Stadt Köln seit Jahren leerstehen und verkommen läßt oder aus Spekulations- und Sanierungsgründen einfach abreißen läßt,
- sofortige Schließung aller Obdachlosen-Schlafstellen,
- sofortige Einleitung von Strafverfahren gegen ALLE Verantwortlichen.



Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger

In Köln können 2.000 arbeitslose Sozialhilfeempfänger nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) zur Arbeit verpflichtet werden. Wer diese Zwangsarbeit für 1,50 DM pro Stunde verweigert, kriegt keine Sozialhilfe mehr. Die sogenannte „gemeinnützige Arbeit“ ist so für die Stadt gleich in zweifacher Hinsicht nützlich. Zum einen können hierdurch feste Stellen, für die Tariflohn und Sozialversicherung bezahlt werden müssen, abgebaut werden. Es sind vor allem die eintönigsten und stumpfsinnigsten Arbeiten, bei denen nicht viel falsch gemacht werden kann, die die Stadt zu einem Bruchteil der normalen Kosten erledigen läßt:

GEMEIN ...

Waschen in der Zentralwäscherei, Putzen, Laubkehren auf dem Friedhof usw. Die zunehmende Erwerbslosigkeit und Verelendung auch qualifizierter Menschen eröffnet jedoch dem GESCHÄFT MIT DER ARMUT neue Perspektiven: ehemalige Angestellte sortieren Karteikarten und sogar ein Arzt doktort für 1,50 DM.

... UND NÜTZLICH

Die Stadt Köln fragt zur Zeit bei ihren Dienststellen nach, wo noch Zwangsarbeiter gebraucht werden können - so werden sie weitere Zwangsarbeitsstellen für die verschiedensten Berufe machen.

Dem Gesetz nach muß die Zwangsarbeit nicht nur „gemeinnützig“, sondern auch „zusätzlich“ sein. Ein Einblick auf die Arbeitsstellen zeigt jedoch, daß die Stadt sich um diesen Paragraphen nicht weiter kümmert.

Der zweite Effekt liegt in der abschreckenden Wirkung der Zwangsarbeit. Die Schikane auf den Ämtern und die Diskriminierung der Sozialhilfeempfänger halten allein schon etwa die Hälfte davon ab, sich das ihnen zustehende Geld zu holen. Durch die Drohung mit der Zwangsarbeit werden weitere Menschen aus der staatlichen Unterstützung ausgesondert.

WIDERSTAND IST NOTWENDIG

In anderen Städten war der Widerstand gegen diese Art von Billiglöhnerarbeit erfolgreich. In Bremen und Dortmund wird die „gemeinnützige Arbeit“ fast nur noch auf freiwilliger Basis geleistet.

Auch für Köln ist ein erster Anfang gemacht:

- Auf unsere Aktionen reagierte die zuständige Einweisungsstelle am Hohenstaufenring 33/35 höchst rechtsunsicher. Unsere Erfahrung: „unbequeme Leute“ werden von der Zwangsarbeit anscheinend eher verschont.
- Es ist uns gelungen, erstmalig auf den Bescheid eine schriftliche Rechtsmittelbelehrung zu bekommen. Daraufhin legten wir Widerspruch ein...bis heute ist es zu keiner Zwangsarbeit gekommen.
- Wir haben einen Bürgerantrag zur Zwangsarbeit an den Rat und den Sozialdezernenten Ruschmeier geschickt. Auf der formalen Schiene versuchten sie, den Antrag aus der Welt zu schaffen. Sie werden sich trotzdem weiter unseren Forderungen stellen müssen:

**WEG MIT DEM NEUEN REICHSARBEITSDIENST!
FESTANSTELLUNGEN MIT TARIFLOHN UND SOZIALVERSICHERUNG !**

INITIATIVE WEG MIT DER ZWANGSARBEIT – Jeden Donnerstag 17-19 Uhr im KALZ, Phillipstr. 23, 5 Köln 30, Tel: 51 81 11

Wer Fragen oder Informationen hat, wer mit uns gegen die städtische Zwangsarbeit und die noch brutālere Ausbeutung in Knästen, Arbeits-„therapien“ und Arbeiterkolonien vorgehen will, kann anrufen oder vorbeikommen.

➤ Auch Herr PIETZSCH, Schreibtischtäter am Hohenstaufenring wird sich freuen über Fragen zu dem staatlichen Sklavenhandel, den er betreibt. Ruft doch mal an! Tel. 221-7454 ODER: ruft unseren Sozialdezernenten RUSCHMEIER an! Tel. 221-4725.

SSK-Ehrenfeld, Tel. 556189



Miethaie

in Mülheim

EXPRESS

Sonntag, 2. September 1984



13 Jahre steht sie von früh bis spät im Imbiß: Katharina Kühlem, jetzt droht der Ruin. Fotos: Dietge

Wer soll das bezahlen? Miete 300 Prozent rauf

6fache Mutter steht vor dem Ruin

Von PREM LATA GUPTA

exp Köln – Seit Monaten hat Katharina Kühlem schlaflose Nächte. Dabei kann die 50jährige so leicht nichts umwerfen. Sechs Kinder zog sie alleine groß, von früh bis spät stand sie in ihrem Imbiß. Nun soll es ihr an die Existenz gehen. Die Besitzer des Hauses von Sparr-Straße 42 wollen die Frau aus Wohnung und Grillstube herausklagen. Und fordern über 300 % mehr Miete. „Seit fast 13 Jahren habe ich den Imbiß, die Wohnung (56 qm) im Haus bewohne ich fast genauso lange“, erzählt Katharina Kühlem – und nun das.

Frau Kühlem ist nicht das einzige Opfer. 1980 kauften das Haus Metzgermeister Peters (Metzgerei in der Herler Straße) und sein Schwager und Angestellter Kurt Kuschmirtz. Sie beschlossen, mit Kaufenmethoden aus dem Altbau das schnelle Geld zu machen. Ohne eine Mark zu investieren, wurden erstmalig die Mieten verdoppelt. Die meisten Mieter, zum größten Teil ältere Leute, ließen sich überrumpeln. Einige mußten ausziehen, weil sie die neue Miete nicht verkraften konnten.

REICH OHNE ARBEIT – AUF DEM RÜCKEN DER ARMSTEN

Die freigewordenen Wohnungen möblierten Kuschmirtz und Peters in alter Spekulantmanier eigenhändig mit Sperrmüll. Dann ließen sie vom Sozialamt obdachlose, alleinstehende und gestrandete Männer einweisen. Pro Zimmer kassierten sie 390,- DM im Monat. Für eine Wohnung also, die vorher 200,- DM gekostet hatte, sahen sie jetzt über 900,- DM vom Sozialamt ab.

Wenn das Sozialamt nach einer Übergangszeit die Zahlungen wieder einstellte, flogen die Männer raus, die nächsten kamen. Der Müll blieb einfach liegen - die neuen Eigentümer kassierten und kümmerten sich um nichts. In kurzer Zeit wurde also aus dem ruhigen Mietshaus ein Obdachlosenasyll. Weitere alte Mieter suchten das Weite. Das Durcheinander im Haus wuchs, keiner kannte mehr den anderen.



METZGERMEISTER PETERS UND DIE KAKERLAKEN

Manche Räume wurden überhaupt nicht mehr gesäubert. Im Juni 1984 entdeckten die Hausbewohner, daß sich in einer der möblierten Wohnungen Ungeziefer breit gemacht hatte. Verzweifelt wandten sie sich an die Eigentümer. Frau Kühlem fürchtete um die Existenz ihrer Grillstube. Kuschmirtz war angeblich in Kanada und Metzgermeister Peters konnte beim besten Willen den Schlüssel der Wohnung nicht finden. Schließlich holten die Mieter die Polizei. Unter dem 22.6.1984 berichtete Polizeihauptwachmeister Kalkum vom Schutzbereich IX: „Es wurde festgestellt, daß nicht nur Kakerlaken, sondern auch andere Insekten, sowie Milben und Würmer die Wohnung bereits ausgiebig besiedelt hatten.“

Aber erst, als die Geschichte an die Presse zu kommen drohte, erklärte sich Peters bereit, den Wohnungsschlüssel zu finden und die Kosten für den Kammerjäger zu tragen.

HETZE GEGEN DIE MIETER

Nicht genug, daß die Spekulanten Traummieter kassieren, nicht genug, daß sie das Haus zu einem Saustall verkommen lassen, jetzt beginnen sie, Menschen zu verleumden, die für jede Mark hart arbeiten müssen. Gegenüber der Presse besitzen sie die Frechheit, zu erklären, die Familie Kühlem habe durch ihren Müll ältere Mieter aus dem Haus getrieben und der Imbiß sei nicht sauber geführt. Sie vergessen dabei, daß der Imbiß seit 13 Jahren ohne Beanstandung läuft und Frau Kühlem nicht nur ihren eigenen Abfall, sondern oft auch noch den der anderen Mieter beseitigt.

DIE STADT TRAGT MIT VERANTWORTUNG

Dieses Haus liegt nicht irgendwo in Köln, sondern im Sanierungsgebiet Mülheim. Hier haben Stadt und Ministerium besondere Verpflichtungen übernommen, um der eingesessenen Bevölkerung Wohnen und Arbeiten in gesunder Umgebung zu tragbaren Mieten zu ermöglichen.

Unterommen haben sie nichts. Weder gegen die Vertreibung der Mieter, noch gegen die hygienischen Mißstände oder die völlig überzogenen Mietforderungen. Statt sich für die Mieter einzusetzen, wie es die Gesetze vorschreiben, begnügt man sich mit Fassadenkosmetik (siehe Bild).

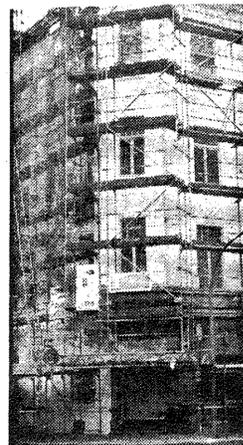
**WIR WERDEN KEINE RUHE GEBEN !
WIR FORDERN:**

Fortsetzung der alten Mietverträge auf alter Miethöhe;
Strenges Instandsetzungsgebot an Kuschmirtz und Peters;
Modernisierungen der Wohnungen mit öffentlichen Mitteln zu tragbaren Preisen;
Regelmäßige hygienische Kontrollen zum Schutze der Bewohner.

NÄCHSTER RICHTSTERMIN: :
Dienstag, den 9. Oktober 1984
um 10.45 Uhr, Zimmer 216, Gericht Luxemburger Str.101

– Alle sind eingeladen –

SSK-Mülheim, Tel. 625052



Außen hui - innen pfui
Peters Haus in der v. Sparr-Str. 42